

An den  
Deutschen Bundestag  
Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Für Ihre Unterlagen** -

---

**Petition an den Deutschen Bundestag**  
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

---

**Persönliche Daten des Hauptpetenten**

---

Anrede	Herr
Name	Gur
Vorname	Dennis
Titel	

---

## **Wortlaut der Petition**

---

Mit der Petition wird gefordert, dass der Deutsche Bundestag prüft, welche Auswirkungen steigende Inflation, sinkende Kaufkraft und zunehmende private Verschuldung auf soziale Stabilität, wirtschaftliche Sicherheit sowie öffentliche Ordnung haben können. Dabei soll geprüft werden, ob präventive Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Bevölkerung erforderlich sind, unter Berücksichtigung des Sozialstaatsprinzips gemäß Art. 20 Abs. 1 GG.

## **Begründung**

---

Deutschland befindet sich derzeit in einer Phase deutlich steigender Lebenshaltungskosten. Inflation, hohe Energiepreise sowie steigende Kosten für grundlegende Güter führen zu einer spürbaren Verringerung der realen Kaufkraft vieler Bürger.

Für zahlreiche Haushalte bedeutet dies eine zunehmende finanzielle Belastung. Gleichzeitig steigen private Verschuldung, wirtschaftlicher Druck auf Unternehmen sowie das Risiko von Insolvenzen bei natürlichen und juristischen Personen.

Wirtschaftliche Krisen können langfristig zu steigender Arbeitslosigkeit, finanzieller Instabilität und zunehmender sozialer Unsicherheit führen. Diese Entwicklungen können indirekt auch Auswirkungen auf gesellschaftliche Stabilität und öffentliche Sicherheit haben.

Historische und wirtschaftliche Analysen zeigen, dass wirtschaftlicher Druck auf breite Bevölkerungsschichten häufig mit steigenden sozialen Spannungen einhergeht. Eine frühzeitige politische Analyse solcher Entwicklungen kann daher helfen, mögliche Risiken rechtzeitig zu erkennen.

Gemäß Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz ist die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Bundesstaat. Daraus ergibt sich auch eine staatliche Verantwortung, wirtschaftliche und soziale Stabilität der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Darüber hinaus garantiert Art. 3 Abs. 1 GG die Gleichheit vor dem Gesetz. Wirtschaftliche Belastungen durch Inflation und steigende Lebenshaltungskosten können jedoch insbesondere Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen überproportional betreffen.

Auch Art. 14 GG schützt Eigentum und wirtschaftliche Handlungsfreiheit. Eine dauerhaft zunehmende wirtschaftliche Belastung durch Inflation und steigende Kosten kann daher auch Fragen der wirtschaftlichen Verhältnismäßigkeit staatlicher Rahmenbedingungen aufwerfen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, in welchem Umfang wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Kaufkraft, zur Vermeidung von Insolvenzen sowie zur Sicherung wirtschaftlicher Stabilität der Bevölkerung erforderlich sein könnten.

Ziel dieser Petition ist daher eine parlamentarische Prüfung möglicher wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Bürger.

### **Anregungen für die Forendiskussion**

---

Steigende Inflation und sinkende Kaufkraft betreffen derzeit viele Bürger in Deutschland. Für zahlreiche Haushalte bedeutet dies steigende finanzielle Belastungen, während gleichzeitig Energiepreise und Lebenshaltungskosten zunehmen.

Wirtschaftlicher Druck kann langfristig auch zu steigender Verschuldung, Insolvenzen von Unternehmen und Arbeitsplatzverlusten führen. Solche Entwicklungen können nicht nur wirtschaftliche Stabilität, sondern auch gesellschaftliche Stabilität beeinflussen.

Das Grundgesetz definiert Deutschland gemäß Art. 20 Abs. 1 GG als sozialen Bundesstaat. Daraus ergibt sich auch eine Verantwortung, wirtschaftliche Belastungen der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Wie sehen andere Bürger diese Entwicklung?

Sollte der Staat stärker prüfen, welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen Inflation und sinkende Kaufkraft langfristig für Gesellschaft und öffentliche Sicherheit haben können?

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

---

Deutscher Bundestag  
Sekretariat des Petitionsausschusses  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030)227 35257

---